

SPEZIAL-
AUSGABE

JAHRESBERICHT
2022

PUBLIC EYE MAGAZIN
Nr. 40 – Februar 2023

Public Eye

- 5 **Ukraine**
- 8 **Gesundheit**
- 13 **Clean Clothes Campaign**
- 16 **Rohstoffe**
- 20 **Kakaobarometer | Handelspolitik**
- 22 **Pestizide**
- 25 **Konzernverantwortung**
- 28 **Ernährung**
- 31 **Schulbesuche**
- 32 **Freiwillige**
- 35 **Organisation**
- 42 **Dank**
- 43 **Jahresrechnung 2022**
- 51 **Mission**



Fred Sommer und Alessia Jemetta, Co-Präsidium Public Eye

PUBLIC EYE MAGAZIN Spezialausgabe |
Jahresbericht 2022, Nr. 40 | Februar 2023

—
ISSN 2504-1266

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr
in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusive
Abonnement 75 Franken pro Jahr.

REDAKTION Roman Bolliger (D) und Ariane
Bahri (F) | MITARBEIT Cynthia Illi |
ÜBERSETZUNG Maxime Ferréol | GRAFIK
Karin Hutter, Fundtastic AG | FOTOGRAFIE
Marion Nitsch | DRUCK Stämpfli Kommunikation,
Bern | PAPIER Rebello & PerlenValue, FSC
AUFLAGE D: 35 500 Ex./F: 11000 Ex.

KONTAKT Public Eye
Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch

—
SPENDENKONTO
IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

Eine Zeitreise durch das Jahr 2022

Willkommen zum Jahresbericht 2022, unserer «Zeitreise» durch das vergangene Jahr. «Zeitreise» ist auch das Thema der Fotos mit unseren Mitarbeiter*innen: Sie sind humorvoll inszeniert – doch in unserer Arbeit haben wir oft den Eindruck, tatsächlich auf einer Zeitreise zu sein.

Denn häufig sind wir in unserer Arbeit mit Relikten aus überwunden geglaubten Zeiten konfrontiert. Beispielsweise, wenn unsere Oligarchen-Recherche aufdeckt, dass der Schweizer Finanzplatz noch immer die erste Adresse für zwielichtige Gelder ist. Wenn unser Kohle-Report zeigt, dass im vergangenen Jahr mehr Kohle gefördert und verbrannt wurde als je zuvor. Wenn der Ultra-Fast-Fashion-Konzern Shein das Wegwerfmode-Karussell noch schneller drehen lässt oder wenn einzelne Politiker*innen die Transparenz der Pharmaindustrie einschränken statt erhöhen wollen.

Vor allem aber sind wir schockiert, dass wieder grossflächig Krieg herrscht in Europa und Schweizer Rohstoffunternehmen in die Finanzierung der Kriegsmaschinerie verwickelt sind.

Für uns ist das ein Ansporn, uns mit ganzem Herzen und scharfem Verstand für eine gerechtere Zukunft einzusetzen. Für eine Zukunft, in der die Demokratie erblüht und die Macht von Konzernen eingeschränkt wird. Für eine Zukunft, in der Menschenrechte und globale Gerechtigkeit die wichtigsten Bezugspunkte der Wirtschaft sind. Für eine Zukunft, in der wir die planetaren Grenzen respektieren und unseren Konsum darauf ausrichten.

Im Namen des Vorstandes und des ganzen Teams von Public Eye danken wir allen, die uns unterstützen, insbesondere unseren über 28 000 Mitgliedern!

Alessia Jemetta und Fred Sommer, Co-Präsidium Public Eye



*Weg mit dem
Geldadel!*

Die Schweiz und Russlands Krieg in der Ukraine

Seit Februar 2022 stellt der Krieg in der Ukraine die Verstrickungen des Schweizer Finanz- und Rohstoffhandelsplatzes mit Russland ins Rampenlicht. Schweizer Unternehmen handeln an vorderster Front mit fossilen Rohstoffen, die Moskaus Kriegsmaschinerie finanzieren. Die hiesigen Behörden gehen nur zögerlich gegen dieses Geschäft und seine Nutzniessenden vor.

Die Invasion der Ukraine durch die russische Armee war ein Schock: Der grossflächige Angriffskrieg hat uns betroffen und wütend gemacht. Von Beginn an hat sich gezeigt, dass die «neutrale» Schweiz in der Finanzierung dieses Kriegs eine zentrale Rolle spielt. Grund dafür ist ein Schweizer Geschäftsmodell, das wir schon lange kritisieren: die Offshore-Finanzindustrie als sicherer Hafen für illegale oder zumindest fragwürdige Gelder, der intransparente und unregulierte Rohstoffhandelsplatz und die Laissez-faire-Attitüde der Behörden, die trotz Skandalen nur handeln, wenn der Druck zu gross wird.

Galerie der Oligarchen

Seit den 1990er-Jahren ist die Schweiz für russische Oligarchen die «Schatzkammer» erster Wahl. Ohne lästige Fragen fürchten zu müssen, konnten sie hier ihre Vermö-

gen auf Banken deponieren, luxuriöse Villen kaufen, Unternehmen gründen und ihre Kinder in Eliteinternate schicken.

Gut zwei Monate nach Ausbruch des Kriegs und der zögerlichen Übernahme der EU-Sanktionen durch die Schweiz haben wir 32 Oligarchen porträtiert und aufgezeigt, welche Villen und Unternehmen sie hierzulande besitzen. Lücken in den Transparenzbestimmungen und bei der Geldwäschereibekämpfung machen es oft unmöglich, die genauen Besitzverhältnisse von Unternehmen zu identifizieren. Deshalb ist auch die rigorose Durchsetzung der Sanktionen, die gegen viele Oligarchen verhängt wurden, enorm aufwendig. Die Schweizer Behörden haben zudem nur wenig Enthusiasmus gezeigt, die Sanktionen effektiv und proaktiv umzusetzen. Schlimmer noch: Sie halfen sogar, das in Zug ansässige Dün-

ger-Unternehmen Eurochem mit einem Schlupfloch von den Sanktionen gegen seinen Eigentümer, den Oligarchen Andrei Melnitschenko, zu verschonen.

Mit der Publikation der Galerie der Oligarchen haben wir zudem ein Quartett-Spiel kreiert, das wir an alle Bundesparlamentarier*innen verteilt haben. Damit wollten wir auf den dringenden Handlungsbedarf zur Umsetzung der Sanktionen hinweisen. Obwohl dieser mehrheitlich erkannt wurde, müssen den Worten nun Taten folgen. Denn viele der Gesetzeslücken, die zur Sanktionsumgehung genutzt werden, dienen auch der Geldwäscherei und der Steuerflucht.

Rohstoffexporte für die Kriegskasse

Über den grössten Hebel zur Einschränkung der russischen Kriegsmaschinerie verfügt die Schweiz beim Handel mit fossilen Brennstoffen. Bis zu 1 Milliarde Franken pro Tag verdiente Russland vor Kriegsbeginn mit dem Verkauf von Öl, Gas und Kohle. An vorderster Front, die Schweizer Rohstoffhändler: 50 bis 60 % des russischen Öls und 75 % der Kohle werden in Genf, Zug und Lugano gehandelt. Schon im März haben wir aufgezeigt, wie bis dahin unbekannt Kleinunternehmen das Erdölgeschäft übernahmen. Die Genfer Paramount Energy & Commodities war bereits einen Monat nach Kriegsausbruch der

viertgrösste Käufer russischen Öls – direkt hinter den Giganten Litasco, Vitol und Trafigura. Unsere Recherche enthüllte, dass der Gründer von Paramount ausgezeichnete Beziehungen zu Gennadi Timtschenko unterhält, dem in der Schweiz sanktionierten Mitbegründer des Ölhandelsriesen Gunvor und engen Freund von Wladimir Putin.

Noch bedeutender ist die Schweiz für den Handel mit Kohle, ein Geschäft, das trotz seiner Klimaschädlichkeit einen globalen Boom erlebt: Drei Viertel der Exporte aus Russland werden von Unternehmen in Zug und in der Ostschweiz gehandelt. Obwohl Ende April ein Embargo für russische Kohle in Kraft trat, wusste das zuständige Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) bis Juni nicht einmal, welche Unternehmen in der Schweiz ansässig sind oder wem sie gehören. Der Mangel an Transparenz im Rohstoffsektor verhinderte also eine evidenzbasierte Politik. Wir haben uns an diese Recherche gemacht und herausgefunden, dass acht der neun grössten russischen Kohleproduzenten in der Schweiz vertreten sind. Und – Überraschung – wir haben auch hier einige Gesichter aus der Galerie der Oligarchen als Besitzer dieser Firmen wiedergefunden.

Lange gesucht haben wir auch nach Antworten der Agrarhändler auf die russische Invasion. Diese schwie-

gen sich wochenlang über ihre Geschäftstätigkeiten in Russland aus. Vordergründig aufgrund ihrer Sorge um die globale Ernährungssicherheit, denn Russland und die Ukraine sind für 30% der globalen Weizenexporte verantwortlich; die Ukraine allein für 15% beim Mais. Die Schweizer Agrarhändler, die fast den ganzen Getreidehandel aus der Schwarzmeerregion abwickeln, profitieren genauso von den massiven Schwankungen auf den Rohstoffmärkten wie die Händler von Energierohstoffen (siehe Seite 16).

Geschäftsmodell des Wegschauens

«Der Krieg in der Ukraine zerrt ein Schweizer Geschäftsmodell ins Scheinwerferlicht, das auf dem Prinzip des Wegschauens basiert.» So hat es unser Geschäftsleitungsmitglied Angela Mattli anlässlich ihrer Rede an der Friedensdemo im März in Bern formuliert. Damit dieses Geschäftsmodell nicht zum Komplizen des Kremles wird, haben wir uns im vergangenen Jahr mit verschiedenen NGOs aus der Ukraine vernetzt. Wir haben beobachtet, welche Sanktionsmassnahmen international beschlossen werden und was das für die Schweiz bedeutet. Denn als bedeutender Rohstoffhandels- und Finanzplatz – auch für Oligarchen und Unternehmen aus dem Umfeld des Kreml – steht sie in einer besonderen Verantwortung. ■

Ausblick

- ▶ 2023 will der Bundesrat die Identifikation der wirtschaftlich Berechtigten – also der wahren Eigentümer*innen – von Unternehmen verbessern. Dafür schickt der Bundesrat einen Gesetzesvorschlag in die Vernehmlassung. Wir werden genau beobachten, ob die Schweiz damit den internationalen Minimalstandard zur Bekämpfung von Finanzkriminalität erfüllen wird.
- ▶ Eine Aufsichtsbehörde über den Rohstoffmarkt fordern wir schon lange. Durch den Krieg in der Ukraine und seine Folgen für die weltweite Ernährungs- und Energiesicherheit ist die Regulierung des Hochrisikosektors Rohstoffhandel aktueller denn je. Wir werden den politischen Druck aufrechterhalten.
- ▶ Das Embargo gegen russisches Erdöl ist nun in Kraft. Die Zukunft wird zeigen, ob die Schweizer Handelshäuser dieses einhalten werden. Oder ob sie von den Unklarheiten und Schlupflöchern profitieren werden, die sich schon jetzt abzeichnen. Wir werden auf jeden Fall weiter recherchieren!

Keine Geheimdeals mit der Pharmaindustrie

Damit das Recht auf Gesundheit für alle gewährleistet ist, braucht es bezahlbare Medikamente. Die Staaten sind verantwortlich, die dafür benötigten Strukturen und Regulierungen zu schaffen. Mit einer innovativen Recherche und Kampagne haben wir im letzten Jahr gezeigt, was es konkret braucht, damit die Schweiz sich nicht noch weiter in die entgegengesetzte Richtung bewegt.

Medikamente machen in der Schweiz einen Viertel der Kosten der obligatorischen Krankenversicherung aus, fast 20 % sind es für patentierte Produkte. Steigende Prämien belasten die Bevölkerung, und die zunehmenden Einschränkungen bei der Kostenübernahme durch die Grundversicherung verstärken die Entwicklung hin zu einer Zweiklassenmedizin. Weltweit haben aber über zwei Milliarden Menschen – vor allem in einkommensärmeren Ländern – keinen Zugang zu essenziellen Medikamenten. Dies hat die Erfahrung unseres Forschungsassistenten für die im letzten Jahr publizierte Recherche zu den Forschungs- und Entwicklungskosten einmal mehr deutlich gemacht: In seiner Arbeit als klinischer Pharmazeut in Malaysia ist er immer wieder mit der Situation konfrontiert, dass Krebsbehandlungen zwar ver-

fügar sind, er diese aber nicht abgeben kann, weil die Menschen sich diese nicht leisten können. Krebs ist mit fast zehn Millionen Todesfällen im Jahr 2020 eine der häufigsten Todesursachen weltweit, und 70 % der Todesfälle betreffen Menschen in einkommensärmeren Ländern.

Für die Pharmaindustrie sind dies aber keine wichtigen Märkte, und die Länder haben kaum Einfluss auf die Preise, denn die grossen Umsätze werden in reichen Ländern gemacht. Es waren auch die Länder des globalen Nordens und ihre Pharma- und Agrochemielobby, die sich für das Trips-Abkommen der Welthandelsorganisation stark gemacht haben. Damit wurden Länder des globalen Südens verpflichtet, Patente auf Medikamente für 20 Jahre zu gewähren, womit Konzerne auch dort eine Monopolstellung und enorme Preissetzungsmacht haben.



Pharma:
Transparenz in Sicht?

Schliesslich hat unsere Arbeit für die temporäre Aufhebung der geistigen Eigentumsrechte von Covid-19-Technologien (Trips Waiver) einmal mehr gezeigt, dass es reiche Länder und Staaten mit grossen Pharmakonzernen sind, die deren Interessen und die Strukturen schützen, die diesen zu enormen Gewinnen verhelfen.

Fehlende Transparenz über Kosten

Das Hauptargument der Pharmaindustrie für die Notwendigkeit dieser Preissetzungsmacht sind die grossen Investitionen, die in Forschung und Entwicklung getätigt werden müssen und die nur so rentabel seien. Gleichzeitig verweigern sie aber jegliche Transparenz über die tatsächlichen Kosten. Im letzten Jahr haben wir daher eine aufwendige Schätzung der Forschungs- und Entwicklungskosten für sechs Krebsbehandlungen vorgenommen und die Profitmargen für die Schweiz berechnet. Diese Studie hat gezeigt: Sogar wenn zusätzliche Kosten für die Kompensation von Misserfolgen einberechnet werden, haben die Konzerne Profitmargen von 40 bis 90 %. Und das auch bei Behandlungen, die noch viele Jahre vom Patentschutz profitieren und deren Margen weiter steigen werden. Von Interpharma, dem Schweizer Pharmalobbyverband, wurde kritisiert, dass in unserer Schätzung die teure Grundlagenforschung zu wenig und Dividenden für Aktio-

när*innen nicht berücksichtigt seien. Die Absurdität der Argumente – Grundlagenforschung wird zu einem grossen Teil durch öffentliche Gelder subventioniert und Dividenden sind per Definition Gewinnausschüttungen – zeigt, dass unsere Recherche offensichtlich den wunden Punkt getroffen hat. Die Pharmakonzerne weigern sich nicht nur weiterhin, mit eigenen Zahlen herauszurücken, die aggressive Kritik zeigt auch, unter welchem Rechtfertigungsdruck die Industrie steht, um ihre Privilegien weiterhin zu schützen.

Keine Geheimrabatte

In der Schweiz soll dieses dysfunktionale System weiter zugunsten der Pharmaindustrie verstärkt werden. Aufgrund der Monopolstellung der Konzerne und fehlender Transparenzregulierungen sind die Verhandlungen zwischen dem Bundesamt für Gesundheit und den Pharmakonzernen über den von den Krankenkassen rückvergüteten Preis von einem enormen Machtungleichgewicht geprägt. In der aktuellen Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) will der Bundesrat nun geheime Rabatte mit der Pharmaindustrie verankern und die entsprechenden Vereinbarungen aus dem Öffentlichkeitsgesetz ausschliessen. Das Versprechen des Bundesrates, dass damit in der Schweiz Kosten gespart und der schnel-

le Zugang für Patient*innen sichergestellt werden kann, wird von unabhängigen Studien und Erfahrungen aus dem Ausland aber nicht gestützt. Mit solchen Geheimabsprachen werden nur noch «Schaufensterpreise» publiziert, hinter denen sich die Rabatte verbergen. Weil viele Staaten die offiziellen Preise in anderen Ländern bei ihrer Preisfestsetzung berücksichtigen, hilft die Schweiz so mit, die Preise international hochzutreiben.

Ein von Public Eye in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zeigt zudem, dass der Ausschluss der Medikamentenpreise aus dem Öffentlichkeitsgesetz in der Schweiz ein systemwidriger und gefährlicher Präzedenzfall wäre. In einer Kampagne haben wir 40 Bundesparlamentarier*innen, die einen direkten Draht zu Krankenkassen und/oder zur Pharmaindustrie haben, mit einem von 21 630 Menschen unterstützten offenen Brief aufgefordert, sich im Sinne der Prämienzahlenden gegen die gesetzliche Verankerung solcher Geheimdeals einzusetzen.

Statt weiterer Geschenke an die Pharmaindustrie braucht es Transparenz in der Preisfestsetzung sowie über die tatsächlichen privaten und öffentlichen Investitionen für die Entwicklung von Medikamenten. Nur so lässt sich die Machtasymmetrie zwischen Konzernen und Regierungen verändern. Dies ist für die Prämienzahlenden in der Schweiz wichtig. Vor allem aber für diejeni-

Ausblick

- Dieses Jahr werden wir die parlamentarische Beratung der KVG-Revision weiter beobachten.
- Das Schaffen von Transparenz über die privaten und öffentlichen Forschungs- und Entwicklungskosten bleibt für uns ein dringliches Thema. Ebenso wie das Aufzeigen der Verbindungen der Pharmaindustrie mit dem Parlament und der Bundesverwaltung, die es schwierig machen, Veränderungen für einen gerechten Zugang zu Medikamenten zu bewirken.
- Schliesslich fragen wir uns: Was hat sich zehn Jahre nach den bahnbrechenden Recherchen von Public Eye mit Partnerorganisationen zur Auslagerung klinischer Versuche in einkommensärmere Länder verändert?

gen, die aufgrund der hohen Preise keinen Zugang zu lebensrettenden Medikamenten haben. Die Bekämpfung der Strukturen und des Geschäftsmodells in der Schweiz hat direkte und indirekte Auswirkungen auf den Zugang zu Medikamenten in einkommensärmeren Ländern. ■

ARBEITSRECHTE
RESPEKTIEREN



NACHHALTIGKEIT
STATT
WEGWERFWARE



FAIRE
LÖHNE
JETZT!



PAY YOUR
WORKERS!

Make love,
not profit!



Onlinehandel unter der Lupe

Der Onlinehandel heizt den Modekonsum weiter an. Doch wer weiss, wo die Produkte hergestellt werden, ob die Arbeitsbedingungen in Produktion und Logistik fair sind und wie viele Retouren im Abfall landen? 2022 haben wir zehn grosse Onlinehändler untersucht und mit der Kampagne «Unbox Fair Fashion» unserer Forderung nach einer gesetzlichen Regulierung der Modeindustrie Gehör verschafft.

Im Textilhandel sind Ausbeutung, Armutslöhne und Menschenrechtsverletzungen weit verbreitet. Im Onlinehandel kommen prekäre Arbeitsbedingungen in der Logistik hinzu, und der Druck auf die Hersteller, günstiger und schneller zu liefern, ist grösser. Auch aus ökologischer Sicht gibt es Handlungsbedarf – beispielsweise, wenn neuwertige Retouren einfach vernichtet werden.

In der Schweiz wird heute fast jedes dritte Kleidungsstück im Internet gekauft. Und der Übergang vom stationären zum digitalen Modegeschäft beschleunigt sich weiter. Mit einem geschätzten Umsatz von 1,04 Milliarden Franken (2021) kontrolliert der deutsche Konzern Zalando bereits knapp 10 % des Schweizer Bekleidungs- und Schuhmarkts. Parallel zum Umsatz wächst aber auch die soziale und ökologische Verantwortung der grossen

Online-Anbieter. Der rasante Aufstieg grosser E-Commerce-Plattformen zu führenden Modehändlern bewegte diese bislang jedoch nicht zu menschen- und umweltverträglichen Geschäftspraktiken. Das zeigt unser umfassender Firmencheck von zehn bekannten Online-Modehändlern in der Schweiz. In «Blackbox Online-Modehandel» wurde erstmals die soziale und ökologische Nachhaltigkeit der neuen digitalen Branchenführer überprüft und verglichen. Das Resultat ist ernüchternd und ruft nach gesetzlicher Regulierung der Modeindustrie: Auf freiwilliger Basis kümmert sie sich viel zu wenig um Nachhaltigkeit.

Damit sich etwas ändert, braucht es klare Regeln und Gesetze, die für alle Modehändler gelten. Daher lancierten wir im Rahmen der Kampagne «Unbox Fair Fa-

shion» einen Appell ans Parlament, mit dem wir mehr Verantwortung und Transparenz im Modehandel fordern. Die Kampagne führten wir zusammen mit neun Partnerorganisationen durch; der gemeinsame Appell wurde von 23 402 Menschen unterzeichnet. Wir haben mit Online-Webinaren und Podcasts den Finger auf die Probleme gelegt und Lösungsansätze diskutiert. Nun beobachten wir genau, was die Onlinehändler in nächster Zeit konkret für mehr Verantwortung und Transparenz unternehmen.

Manipulative Marketingstrategien

Mit einer Web-Recherche in Zusammenarbeit mit der Fédération romande des consommateurs (FRC) zeigten wir auf, wie vielen «Dark Patterns» die Schweizer Online-Shopper*innen ausgesetzt sind. So heissen Marketinginstrumente, die Kaufentscheide von Internetnutzer*innen beeinflussen – etwa beim digitalen Kleiderkauf. Mit 9 bis 18 solcher Klickfallen schneiden die chinesischen Händler Shein und Aliexpress sowie Amazon am schlechtesten ab. Gemeinsam mit der FRC fordern wir die Onlineplattformen zum Verzicht auf solche manipulative Praktiken auf, weil sie zu übermässigem Konsum führen und einen Angriff auf persönliche Daten darstellen. Die Schweizer Politik sollte diese rechtliche

Grauzone deshalb schleunigst regulieren. Einen Lichtblick gab es bereits: Der Nationalrat hat den Bundesrat im Juni letzten Jahres beauftragt, einen Bericht zu «Dark Patterns» zu verfassen.

Follow-up zu Shein-Recherche

Ende 2021 haben wir die Recherche «Schuffen für Shein» veröffentlicht. Darin berichteten wir über Näher*innen, die zwölf Stunden pro Tag arbeiten müssen – und dies bei nur einem freien Tag im Monat –, und über Logistikarbeiter*innen, die für Niedriglöhne enorme Quoten erfüllen müssen. Medien weltweit berichteten über die katastrophalen Arbeitsbedingungen und den enormen Druck des chinesischen Ultra-Fast-Fashion-Riesen bei Zulieferern und in seiner Logistik. Viele Leit- und Fachmedien griffen die Recherche auf, darunter die BBC und Business of Fashion, RTS und der «Tages-Anzeiger», die «La Repubblica» und «La Vanguardia». Selbst ins schwedische Kinderfernsehen schaffte es die Reportage, und auf Tiktok und Youtube, also auf den Hauptmedien der Zielgruppe von Shein, wurden die Ergebnisse millionenfach angeschaut. Die «Süddeutsche Zeitung», «Le Monde» und «Der Spiegel» schickten eigene Reporter nach Guangzhou in die von uns aufgespürten Hotspots der Produktion: Ihre Gespräche mit Arbeiter*innen bestätig-

ten unsere Recherchen. Und dem britischen Channel 4 gelang es gar, mit versteckter Kamera zu filmen. Die Ausstrahlung im Oktober 2022 löste eine erneute Empörungswelle aus. Andere Medien untersuchten Aspekte, die wir noch nicht beleuchtet hatten: Die «New York Times» interviewte Influencer*innen, und «Wired» entlockte früheren Geschäftspartner*innen pikante Details über den Shein-Chef. Greenpeace testete Shein-Kleidung

auf Chemikalien und fand bei 15 % der Proben Rückstände jenseits der europäischen Grenzwerte.

Shein kann die Schattenseiten seines Geschäftsmodells nicht mehr verstecken. Einige Influencer*innen wendeten sich ab, und Ende November haben angesichts der schlechten Arbeitsbedingungen bei Shein sogar die Rolling Stones eine Kooperation mit dem chinesischen Konzern aufgekündigt. ■

Ausblick

► Bereits seit einigen Jahren stellen wir fest, dass wir die sozialen Missstände in der Textilindustrie nicht isoliert von systemischen und ökologischen Transformationsfragen bearbeiten können. Die Businessmodelle in der Industrie müssen sich verändern, dabei spielen neben Gerechtigkeitsaspekten auch ökologische eine zentrale Rolle. Um strategisch auch langfristig gut aufgestellt zu sein, müssen soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte noch stärker mit öko-

logischen Aspekten verzahnt werden. Wie kann das Streben nach Wachstum und Profitmaximierung in der Textilindustrie ersetzt werden durch langfristig orientierte, ökologisch und sozial nachhaltige Geschäftsmodelle? Diese und weitere Fragen stehen 2023 im Fokus unserer Recherchen.

► International bleiben wir mit der Clean Clothes Campaign am Thema existenzsichernde Löhne für Textilarbeiter*innen und Arbeitssicherheit in

der globalen Textilindustrie dran. In diesem Jahr jährt sich das bisher grösste Unglück in der Textilindustrie zum zehnten Mal. Der Fabrikesturz von Rana Plaza in Bangladesch kostete 1138 Menschen das Leben, über 2000 wurden verletzt. Zusammen mit der Clean Clothes Campaign kämpfen wir dafür, dass der internationale Accord zur Gebäudesicherheit neben Bangladesch und Pakistan auch auf weitere Länder ausgeweitet wird.

Krieg und Krisen: Hochkonjunktur für Rohstoffe

2022 feierte der Klimakiller Kohle sein Comeback. Davon profitiert die Schweiz, die 40 % des weltweiten Kohlehandels abwickelt. Der Krieg in der Ukraine und die Auswirkungen der Pandemie auf die Weltwirtschaft treiben die Gewinne der Schweizer Multis in diesem Sektor in die Höhe; unterdessen ist dieser mit 8 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fast so gross wie der Finanzplatz. Die Rohstoffhändler dürfen sich weiterhin freuen: Die Schweiz hat nicht die Absicht, Krisengewinne zu besteuern.

Unser Planet erwärmt sich unaufhaltsam, und noch immer hagelt es Bomben auf die Ukraine. Doch der grösste Klimakiller sorgt für saftige Gewinne. Der Kohle gehen zwar der Glamour und die geopolitischen Intelligenz des Erdöls ab, doch 2022 hat sie allen Grund zum Feiern: Der Rohstoff hat die symbolische Marke von 8 Milliarden Tonnen geknackt – nie zuvor wurde so viel davon gefördert, gehandelt und verbraucht. Die Wiederbelebung der Wirtschaft nach dem Abklingen der Pandemie, die Sanktionen gegen fossile Energien aus Russland und logistische Schwierigkeiten auf den Weltmärkten: Die Kohle hat alle Karten in der Hand, um unsere Zukunft

mitzugestalten. Und wie unsere Recherche «Die Schweiz auf ihrem Kohleberg» enthüllte, spielt der Finanzplatz Schweiz seit Anfang der 2000er-Jahre eine zentrale Rolle bei diesem Geschäft.

Die Schweiz als globale Kohledrehscheibe

Das Ergebnis unserer Recherche lässt sich in drei Zahlen zusammenfassen: In der Schweiz sind 245 Unternehmen registriert, die Kohle abbauen oder verkaufen. Darunter sind viele russische Bergbaukonzerne, die – zumindest bis zum Angriff auf die Ukraine und den darauffolgenden Sanktionen – ihre zumeist in Zug angesiedelten



Wann ist Schluss
mit **KOHLE**
SCHEFFELN?

Zweigstellen nutzten, um die Kohle in Europa zu verkaufen. 40% des weltweiten Kohlehandels entfallen auf Unternehmen mit Sitz in der Schweiz. Produktion, Transport und Verbrennung der von ihnen geförderten Kohle verursachen jährlich fast 5,4 Milliarden Tonnen CO₂ – mehr als die grösste Volkswirtschaft der Welt, die USA. So viel zur Klimabilanz.

Kohle ist der Rohstoff mit dem schlechtesten Verhältnis zwischen produzierter Energie und Umweltverschmutzung. Das fossile Gestein ist für 40% des Anstiegs der Kohlendioxidemissionen verantwortlich. Nachdem die UN-Klimakonferenz COP27 in Scharm El-Scheich ohne neue Massnahmen im Kampf gegen den Klimawandel zu Ende gegangen ist, muss die Schweiz endlich Verantwortung übernehmen und ihre Unternehmen dazu drängen, bis 2030 aus dem Handel mit dem Klimakiller Kohle auszusteigen.

Dazu braucht es eine Menge Mut und politischen Willen, denn die multinationalen Kohlekonzerne sind mächtig und gut vernetzt. Glencore, weltgrösster Exporteur, profitiert massiv von den historisch hohen Kohlepreisen, die sich seit Beginn des Krieges in der Ukraine mehr als verdreifacht haben. Glencores Gewinn stieg um 846% und erreichte im ersten Halbjahr 2022 gut 12 Milliarden US-Dollar.

Reiche Ausbeute für die Händler

Glencore ist kein Einzelfall. Trafigura, Vitol, Gunvor, Mercuria: Alle grossen Schweizer Rohstoffhändler haben im ersten Halbjahr 2022 Rekordgewinne erzielt und sind auf der Welle der hohen Preise für Kohle, Rohöl und Erdgas mitgeritten. Und wie sieht es beim Weizen oder Mais aus? Während 95 Millionen Menschen offiziell in die absolute Armut abgerutscht sind, haben die Agrarhändler noch nie so viel verdient. Cargill, seit 1956 in der Schweiz ansässig, erzielte 6,7 Milliarden US-Dollar Profit. Auch Cofco, ADM oder Louis Dreyfus Company, die alle in der Genferseeregion einen Sitz haben, verzeichnen Rekordgewinne.

Die Folge: Der Rohstoffsektor wird für die Schweizer Wirtschaft immer gewichtiger. Mit 8% des BIP ist er bald genauso gross wie der Finanzplatz (9,1%), und seine multinationalen Konzerne belegen die obersten Plätze in der Rangliste der grössten Unternehmen der Schweiz. Dies hat eine Studie enthüllt, die wir Anfang 2023 veröffentlicht haben.

Doch anders als bei den Banken wird der Rohstoffsektor von keiner Aufsichtsbehörde kontrolliert und durch kein spezifisches Gesetz reguliert. Dabei handelt es sich um ein riskantes Geschäftsfeld, was sich nicht zuletzt darin zeigt, dass immer mehr Fälle vor schweize-

rischen oder ausländischen Gerichten landen. Public Eye recherchiert weiterhin Fälle von Korruption oder Geldwäscherei, Menschenrechtsverletzungen, fragwürdigen Steuerabkommen sowie zur Mitverantwortung des Sektors an der Klimakrise. Angesichts seiner wirtschaftlichen Bedeutung enttäuscht es, dass bis heute weder die Schweizer Regierung noch die Parlamentsmehrheit ernsthafte Anstrengungen zur Regulierung der Branche unternommen haben.

Im Gegensatz zu Italien, Spanien und Grossbritannien hat die Schweiz auch nicht die Absicht, ausserordentliche Gewinne zu besteuern, die Unternehmen als Folge der Invasion der Ukraine erzielen. Ein entsprechender Vorschlag wurde vom Bundesrat im Juni abgelehnt. Dabei wäre eine solche «Windfall Tax» auf Zufallsgewinne durchaus zu begrüssen. Sie würde nicht nur eine gerechtere internationale und nationale Steuerpolitik fördern, sondern auch die kurzfristige Abschöpfung überschüssiger Gewinne und deren Verteilung an diejenigen Bevölkerungsgruppen ermöglichen, die am stärksten unter den steigenden Energie- und Lebensmittelpreisen leiden. ■

Ausblick

► Bereits aufgrund der Coronapandemie machten die Rohstoffhändler zwischen Genf, Lugano und Zug exorbitante Gewinne – durch die Auswirkungen der russischen Invasion der Ukraine auf die Rohstoffmärkte vervielfachten sich diese nochmals deutlich. Die anhaltenden Kriegshandlungen in der Ukraine halten die Händler weiterhin auf Trab und spülen ihnen zusätzliche Profite in die Kassen. Wir schauen auch im Jahr 2023 genau hin, wie sich die Rohstoffhändler angesichts der neuen Realitäten im Umgang mit russischen Rohstoffen positionieren und welche Rolle die Schweizer Rohstoffkonzerne mit Blick auf die Herausforderungen der Energiesicherheit und Energiewende spielen.

► Glencore wartet relativ gelassen auf das Urteil der Schweizer Justiz in Sachen Bestechung im Kongo. Schon im Verlauf des Jahres 2022 hatte sich Glencore bereit erklärt, über 1 Milliarde US-Dollar Geldstrafe zur Beilegung seiner Korruptions- und Marktmanipulationsfälle in verschiedenen Ländern zu zahlen. Zudem versprach die US-Justiz dem Konzern im Falle einer Verurteilung durch die Schweiz einen Strafabatt von rund 30 Millionen US-Dollar. *Affaire à suivre ...*

Kakaobarometer 2022

Auch im Jahr 2022 lebte die Mehrheit der kakaoanbauenden Familien in Armut. Abholzung sowie der Einsatz von Pestiziden bedrohen Umwelt und Klima.

Ein Konsortium aus über 20 Organisationen, inklusive Public Eye, veröffentlichte im Dezember 2022 die 8. Ausgabe des Kakaobarometers. Die zweijährliche Bestandaufnahme der grössten Herausforderungen im Kakao- und Schokoladesektor zeigte auch dieses Mal: Systemische und effektive Ansätze zur Bekämpfung der Armut, zur Eliminierung von Kinderarbeit sowie zum Schutz des Ökosystems gibt es nach wie vor nicht. Die Industrie verfolgt grösstenteils einen Projektansatz, Regulierungsbemühungen der Produktionsländer im Hinblick auf existenzsichernde Einkommen lassen sich schwer durchsetzen.

Die 20 Organisationen forderten deshalb eine unverzügliche Umsetzung der auf EU-Ebene geplanten Regulierungen im Bereich menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfaltspflicht sowie Abholzung. Public Eye engagiert sich weiterhin dafür, dass die Schweiz nachzieht und ihre Gesetzeslücken umgehend schliesst. ■

Aussenwirtschafts- politik ohne solide Gesetzesgrundlage

Public Eye setzt sich für ein griffiges Aussenwirtschaftsgesetz ein, um diesen für Menschenrechte und Umwelt höchst relevanten Bereich der Politik auf eine solide Rechtsgrundlage zu stellen.

Public Eye kämpfte auch letztes Jahr für menschenrechtskonforme und umweltverträgliche Freihandelsabkommen (FHA). Dabei richtet sich unser Augenmerk zunehmend auf die fehlende gesetzliche Grundlage im Bereich des Aussenhandels. Seit über zwei Jahren fordern wir deshalb ein umfassendes Aussenwirtschaftsgesetz, das Nachhaltigkeit und Menschenrechtsschutz auf eine solide rechtliche Basis stellt.

Die im letzten Frühjahr von der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N) durchgeführte Anhörung zur bundesrätlichen Aussenwirt-

schaftsstrategie, an die auch Public Eye eingeladen wurde, war eine ausgezeichnete Gelegenheit, diese Forderung ins Parlament zu tragen. In unserer Intervention begrüßten wir sowohl die stärkere Fokussierung auf Nachhaltigkeitsfragen in der neuen Strategie als auch das Bekenntnis zu einer verbesserten Transparenz und Mitsprache in der Aussenwirtschaftspolitik. Gleichzeitig haben wir den ungenügenden rechtlichen Rahmen für die in der Strategie in Aussicht gestellte «nachhaltige Aussenwirtschaftspolitik» kritisiert und die Ausarbeitung eines Aussenwirtschaftsgesetzes angeregt. Darin müssen Grundsätze, Ziele und Prioritäten der Aussenwirtschaftspolitik und besonders des Aussenhandels festgelegt werden, um die generelle Stossrichtung bei FHA-Verhandlungen vorab zu klären und transparent zu machen. Ausserdem trägt eine solche Gesetzesgrundlage dazu bei, die demokratische Legitimation der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik zu verbessern.

Unsere Forderung nach einem Aussenwirtschaftsgesetz stiess bei den Kommissionsmitgliedern auf offene Ohren. Im August des vergangenen Jahres führte die APK-N daher weitere Anhörungen mit Expert*innen durch, um deren Einschätzungen zu bestehenden Rechtsgrundlagen im Bereich Aussenwirtschaft sowie den gesetzgeberischen Handlungsbedarf zu erörtern. ■

Ausblick

- ▶ Die 2022 vom Bundesrat durchgeführte Vernehmlassung zum Investitionsschutzabkommen mit Indonesien bot eine weitere Gelegenheit, auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Grundlage hinzuweisen. In unserer Stellungnahme haben wir uns denn auch ablehnend zum vorliegenden Abkommen geäußert und mit Nachdruck ein Aussenwirtschaftsgesetz gefordert. An diesem Thema werden wir auch im laufenden Jahr dranbleiben und unsere Lobbyanstrengungen für eine griffige Gesetzesgrundlage verstärken.
- ▶ Daneben werden wir die vom Bundesrat in Aussicht gestellte Nachhaltigkeitsanalyse für das geplante Freihandelsabkommen mit Thailand kritisch begleiten. Denn der bundesrätliche Bericht zur Durchführung solcher Wirkungsanalysen weist ausgerechnet im Bereich der Menschenrechte bedenkliche Leerstellen auf.

Noch immer exportieren die Schweiz und Frankreich verbotene Pestizide

Weiterhin werden in grossen Mengen verbotene Pestizide exportiert, und dies trotz neuer nationaler Gesetze, mit denen die Ausfuhr eingeschränkt oder verboten werden soll. Dies belegen aktuelle Recherchen von Public Eye. Um die Giftexporte zu stoppen, ist eine Regelung auf EU-Ebene von zentraler Bedeutung.

Im November letzten Jahres zeigte eine neue Recherche von Public Eye, dass die Schweiz trotz einer 2021 in Kraft getretenen Gesetzesverschärfung weiterhin Pestizide exportiert, die hierzulande verboten sind. Dabei bilden die vom Bundesamt für Umwelt (Bafu) erhobenen offiziellen Daten das wahre Ausmass des Problems noch nicht ab. Die Ausfuhr unzähliger weiterer gefährlicher Stoffe, die in der Schweiz verboten sind, entgeht jeglicher Kontrolle durch den Bundesrat.

Auf Anfrage von Public Eye erklärte das Bafu, der Bundesrat halte es für wichtig, «dass Pflanzenschutzmittel, die aus der Schweiz in andere Länder exportiert werden, nicht die Gesundheit der Menschen oder die Umwelt gefährden» und dass «demnächst» Massnahmen

ergriffen werden sollen, um die Situation zu verbessern. Während der Wintersession 2022 wurde im Parlament eine entsprechende Interpellation eingereicht. Wir bleiben dran!

Trotz neuem Gesetz gehen die Exporte weiter

Wir enthüllten zudem, dass auch Frankreich trotz der Verabschiedung eines neuen Gesetzes, das diese Praxis untersagt, weiterhin verbotene Pestizide exportiert. Das Gesetz trat am 1. Januar 2022 in Kraft, doch verschiedene Schlupflöcher ermöglichen es den Agrochemiegiganten, ihr Giftgeschäft weiter zu betreiben. So genehmigten die französischen Behörden 2022 den Export von fast 7500 Tonnen verbotener Pestizide. Unsere Recherche

IN PARAGUAT
VERITAS?



deckte ausserdem auf, dass der Basler Agrochemieriese Syngenta offenbar vorgesorgt und einen Teil des Handels mit verbotenen Pestiziden kurzerhand nach Deutschland verlagert hat, wo noch kein solches Exportverbot gilt.

Die brisante Recherche schaffte es auf die Titelseite der französischen Zeitung «Le Monde» und wurde von anderen führenden Medien des Landes aufgegriffen. Die grüne Europaabgeordnete Michèle Rivasi erklärte, sie sei «schockiert» und forderte die Behörden auf, Massnahmen zu ergreifen, um «die Absicht des Gesetzes durchzusetzen». Die französische Regierung anerkannte, dass das Gesetz «durch eine ehrgeizigere Umsetzung gestärkt» und das Ausfuhrverbot auf lange Sicht «auf die gesamte Europäische Union ausgeweitet» werden müsse.

Genau das fordern Public Eye sowie über 300 weitere NGOs und Gewerkschaften aus der ganzen Welt in einer gemeinsamen Erklärung, die der Europäischen Kommission am 1. Dezember 2022 in Brüssel übergeben wurde. Die Kommission hatte sich verpflichtet, bis 2023 ein EU-weites Exportverbot für verbotene Pestizide umzusetzen. Doch auf Druck der Agrochemielobby wurde diese Zusage aus dem Arbeitsprogramm 2023 gestrichen, womit die Verabschiedung während Ursula von der Leyens Amtszeit als Kommissionspräsidentin gefährdet ist. ■

Ausblick

- Dieses Jahr haben wir weitere Recherchen über den Export verbotener Pestizide aus Europa und deren verheerende Auswirkungen in wirtschaftlich benachteiligten Ländern geplant. Damit wollen wir Druck auf die Europäische Kommission ausüben, damit sie ihr Versprechen hält und dieser längst überfälligen Praxis ein Ende setzt.
- Gemeinsam mit dem Pesticide Action Network (PAN) setzen wir uns ausserdem für die Schaffung einer globalen Allianz zur Eliminierung hochgefährlicher Pestizide aus der Landwirtschaft ein.

Die EU macht vorwärts

Als wichtiger Konzernstandort gerät die Schweiz aufgrund der Dynamik auf EU-Ebene und bei einigen EU-Mitgliedstaaten ins Hintertreffen. Die Schweiz muss bei der Regulierung der Konzerne jetzt vorwärts machen, wenn sie nicht zur Regulierungs-oase werden will.

Im Februar 2022 kam der lang erwartete Kommissionsvorschlag für ein EU-weites Konzernverantwortungsgesetz (auch EU-Lieferkettengesetz genannt). Anfang Dezember 2022 einigte sich der Rat auf seine vorläufige Position, und das EU-Parlament definiert aktuell in Brüssel seine Position zum Vorschlag. Bereits Ende 2023 könnte das Gesetz verabschiedet werden.

Das vorgeschlagene Gesetz enthält eine breite Sorgfaltspflichtenpflicht sowie einen wirksamen Durchsetzungsmechanismus: Erstens ist eine Aufsichtsbehörde vorgesehen, die Bussen verhängen kann, und zweitens haftet jeder Konzern für angerichtete Schäden seiner Tochterfirmen und in gewissen Fällen auch von Zulieferern. Darüber hinaus hätte der Gesetzesvorschlag auch eine Wirkung auf Nicht-EU-Konzerne. Somit entwickelt der Vorschlag auch eine Wirkung auf Schweizer Unternehmen. Da nur ein Teil der hier ansässigen Konzerne

betroffen ist, besteht in der Schweiz aber nach wie vor ein dringlicher Regulierungsbedarf.

Natürlich gibt es auch auf EU-Ebene starken Gegen- druck von der Wirtschaftslobby, die versucht den Vor- schlag von verschiedenen Seiten abzuschwächen. So will sie beispielsweise den Finanzsektor von der Regulierung ausnehmen. Public Eye vertritt die Schweizer Koalition für Konzernverantwortung im Vorstand der European Coalition for Corporate Justice und setzt sich in dieser Funktion für ein starkes Sorgfaltspflichten-gesetz inner- halb der EU ein. Public Eye ist auch weiterhin ein akti- ves Mitglied in der Koalition für Konzernverantwortung. Diese fordert in einer Petition von Bundesrat und Parla- ment ein griffiges Konzernverantwortungsgesetz nach EU-Vorbild und hat dafür im letzten Jahr in 100 Tagen über 217 000 Unterschriften gesammelt.

Macht der Konzerne nimmt stark zu

Neben einer Sorgfaltsprüfungspflicht, die direkt das Verhalten von Konzernen betrifft, braucht es eine aktive Umgestaltung der Markt-, Handels- und Investitionsstrukturen hin zu menschenrechts- und umweltfreundlichen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Die Schweiz als Sitzstaat zahlreicher global tätiger Konzerne trägt bei diesen Regulierungsfragen eine besonders grosse Verantwortung. Multinationale Konzerne haben in den letzten Jahrzehnten massiv an Macht gewonnen. Marktkonzentration, Intransparenz, Lobbyismus und Machtungleichgewichte werden immer mehr zum Problem: Konzerne versuchen mit zunehmendem Erfolg, politische Prozesse, Strukturen und Entscheidungen zum eigenen Vorteil zu beeinflussen.

Ein neuer UNO-Bericht zu politischer Einflussnahme von Unternehmen, zu dem auch Public Eye beigetragen hat, nimmt die Staaten in die Pflicht. Die geforderte Transparenz, eine wirksame Regulierung und eine unabhängige Kontrolle der politischen Finanzierung sind hierzulande vor allem eines: abwesend. Sowohl aus demokratiepolitischer als auch aus menschenrechtlicher Sicht und mit Blick auf die Klimakrise ist es dringend nötig, dass die Schweiz regulatorisch aktiv wird, Transparenz herstellt und die Einflussnahme von Konzernen endlich wirksam begrenzt. ■

Ausblick

- ▶ In Anbetracht der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen in globalen Wertschöpfungsketten werden wir uns auch 2023 für eine Konzernregulierung in der Schweiz sowie in der EU einsetzen. Dazu recherchieren und veröffentlichen wir Missstände im Umfeld von Schweizer Konzernen im Rohstoffsektor, im Agrarhandel, in der Textil-, Chemie- und Pharmabranche.
- ▶ Wir werden uns 2023 für eine Verbesserung des Zugangs zur Justiz und eine Stärkung des kollektiven Rechtsschutzes für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen einsetzen.
- ▶ Wir arbeiten weiter am Thema Konzernmacht und politische Einflussnahme von Konzernen, machen diese sichtbar, ziehen Konzerne für ihr Verhalten zur Rechenschaft und fordern eine politische Regulierung im Bereich von Transparenz, Markt-, Handels- und Investitionsstrukturen.



SHEIN

syngenta

Roche

Cargill

TRAFIGURA

GLENCORE

SCHÖNE NEUE WELT DER KONZERNE

Wie die Schweiz für Nestlé lobbyiert

Mexiko beschloss 2019, mit Warnhinweisen auf ungesunden Lebensmitteln gegen die grassierende Fettleibigkeit im Land vorzugehen. Doch das Vorhaben stiess auf erbitterten Widerstand der Industriekonzerne und ihrer Sitzstaaten. An vorderster Front: Nestlé und die Schweiz.

Im Juli letzten Jahres zeigten wir auf, wie sich das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) von Nestlé instrumentalisieren liess und versuchte, die Einführung eines neuen Systems zur Nährwertkennzeichnung in Mexiko zu verhindern. 2019 beschlossen die mexikanischen Behörden, Warnhinweise auf Lebensmitteln mit hohem Gehalt an Zucker, Salz, gesättigten Fetten oder Kalorien einzuführen, um gegen die grassierende Fettleibigkeit im Land vorzugehen. Dies war ganz und gar nicht nach Nestlés Geschmack: Der Konzern übte Druck auf die mexikanischen Behörden aus und mobilisierte das Seco gegen das Vorhaben. Schliesslich ging es laut exklusiven, von Public Eye beschafften Daten um ein Geschäft von über 1 Milliarde Franken.

Das Seco zögerte nicht, die wirtschaftlichen Interessen der Schweizer Nahrungsmittelindustrie über den

Schutz der öffentlichen Gesundheit Mexikos zu stellen. Wiederholt intervenierte es bei den mexikanischen Behörden und bei der Welthandelsorganisation, wobei die von Nestlé vorgegebenen Argumente und Formulierungen wortwörtlich übernommen wurden. Allerdings erfolglos: Die mexikanische Regierung blieb hartnäckig und hat 2020 neue Vorschriften zur Nährwertkennzeichnung erlassen. Zwei Jahre nach seiner Einführung zeigt das neue System in Mexiko bereits seine Wirkung und eindeutig positive Veränderungen.

Das Seco intervenierte mehrmals

Im Anschluss an unsere Enthüllungen über den Einfluss von Nestlé auf die Schweizer Behörden wurden im September zwei parlamentarische Interpellationen eingereicht. Doch der Bundesrat scheint das Problem nicht

einzusehen. In seiner Stellungnahme ist zu lesen: «Das Seco handelt nicht im Auftrag bestimmter Unternehmen, sondern stets im Hinblick auf die Gesamtheit der schweizerischen Interessen.» Der Bundesrat betont, die Schweiz hätte in ihren Stellungnahmen explizit die von den mexikanischen Behörden verfolgten «legitimen Interessen» unterstützt, jedoch «Fragen zur Verhältnismässigkeit gewisser der vorgeschlagenen Massnahmen» aufgeworfen.

Mexiko ist kein Einzelfall. Unsere Recherche zeigt, dass die Schweiz bereits 2013 in Chile interveniert hatte, um zu versuchen, die Einführung eines Kennzeichnungssystems ähnlich den mexikanischen Warnhinweisen zu verhindern. Gleichermassen ging das Seco noch im selben Jahr in Peru sowie 2014 in Ecuador vor. Dabei empfiehlt die Panamerikanische Gesundheitsorganisation (PAHO), die regionale Zweigstelle der Weltgesundheitsorganisation, ein solches Kennzeichnungssystem. Der PAHO zufolge sind «eindeutige Warnhinweise auf der Vorderseite der Verpackung von Lebensmitteln mit einem übermässigen Gehalt an Fett, Zucker und Natrium das beste Mittel, der Öffentlichkeit zu helfen, ungesunde Lebensmittel zu meiden». ■

Ausblick

- ▶ Dieses Jahr werden wir Nestlé weiterhin im Auge behalten. Insbesondere werden wir das Lobbying genau verfolgen, das der Konzern mithilfe der offiziellen Schweiz betreibt, um die Verabschiedung strengerer Vorschriften zu verhindern, die seine saftigen Gewinne gefährden könnten.
- ▶ Wir werden uns auch mit Nestlés aggressiven Marketingmethoden beschäftigen, die gezielt auf Kinder in wirtschaftlich benachteiligten Ländern ausgerichtet sind.
- ▶ Aus diesen Ländern stammen auch viele Agrarrohstoffe wie Kaffee, Kakao, Soja oder Palmöl, die Nestlé für die Herstellung seiner Produkte benötigt – und als weltgrösster Lebensmittelkonzern benötigt er eine ganze Menge davon. Dieses Jahr werden wir uns deshalb auch die Bedingungen genauer anschauen, unter denen einige dieser Rohstoffe angebaut und beschafft werden.



*Das grösste Stück
vom Kuchen
für die Schweiz*

Erweiterung des Freiwilligenteams

Im Zentrum der Koordinationsarbeit stand im Jahr 2022 die Suche nach neuen Freiwilligen für die Schulbesuche. Denn nach dem Covid-bedingten Einbruch nahm die Nachfrage nach Schulbesuchen im Frühjahr wieder stark zu: Eine Aufstockung des Schulbesuchsteams drängte sich auf.

Das Team der Schulbesuchenden ist während der Pandemie geschrumpft. Trotzdem konnten die 24 engagierten Freiwilligen im letzten Jahr 31 zumeist halbtägige Workshops an verschiedenen Schulen in der Deutschschweiz durchführen. Die erneut ansteigende Zahl an Anfragen für Schulbesuche zeigten jedoch: Das Schulbesuchsteam muss aufgestockt werden. Das überwältigende Echo auf unseren Aufruf im Sommer, sich als Freiwillige für das Schulbesuchsteam zu melden, freute uns darum enorm. In zwei Webinaren informierten wir über unser Schulbesuchsprogramm und die Anforderungen. Für 30 Neueinsteiger*innen organisierten wir drei Einführungskurse, bei denen sie den Aufbau, die Methodik und das Unterrichtsmaterial unserer konsumkritischen Workshops kennenlernten. Nun steigen sie nach und nach in die Schulbesuchspraxis ein – begleitet von den langjährigen Aktiven im Team, die ihnen ihre Erfahrungen weitergeben. ■



Das Schulbesuchsteam am Jahrestreffen im November 2022 in Zürich

Haben Sie Interesse, im Schulbesuchsteam mitzuwirken? Dann freuen wir uns über Ihre Kontaktaufnahme! Infos: publiceye.ch/schulbesuch bzw. schulbesuch@publiceye.ch

Die Regionalgruppen von Public Eye

Die Regionalgruppen (Regrus) überraschen immer wieder aufs Neue, mit welchen Ideen sie die Themen von Public Eye in die verschiedenen Regionen tragen. Sie verschaffen unserer Organisation Sichtbarkeit im öffentlichen Raum.

Im letzten Jahr sammelten die Regrus an diversen Anlässen Unterschriften für unsere Petitionen zu fairem Online-Textilhandel und gegen Patente auf Saatgut. Aber auch der traditionelle «March against Bayer & Syngenta» im Mai in Basel hat fast alle Regionalgruppen mobilisiert. Und als Gegenreaktion auf den Black Friday Ende November organisierten Regrus Malaktionen mit Kreide mit konsumkritischen Botschaften.

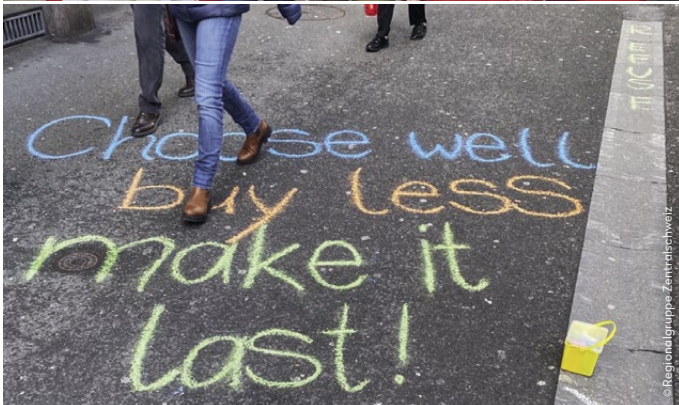
Ein Highlight war die Gründung der zehnten Regionalgruppe Ende August. Neu können sich Engagierte in Neuburg und Umgebung einer Regru anschliessen. Anderswo zeichnen sich «Generationenwechsel» ab – hier hoffen wir auf viele neue engagierte Menschen im



© Regionalgruppe Winterthur



© Regionalgruppe Waadt



© Regionalgruppe Zentralschweiz

neuen Jahr. Auch bei der Freiwilligenkoordination gab es 2022 eine Änderung. Ursula Haller und Ursina Mayor haben nach zehn bzw. sieben Jahren die Begleitung der Freiwilligen in der Deutschschweiz weitergegeben. Neu ist Annuscha Wassmann Ansprechperson für die Engagierten. Für die Regrus in der Suisse romande hat Anfang 2022 Aline von Mühlänen die Freiwilligenkoordination übernommen (siehe Box «Mitmachen»).

Die Bilder zeigen eine kleine Auswahl der zahlreichen Regru-Aktivitäten. Allen Engagierten von Herzen ein Riesendankeschön für die Unterstützung über viele Jahre hinweg! ■

Mitmachen

Lust, bei Public Eye als Freiwillige*r mitzumachen?

Kontakt Deutschschweiz: regrus@publiceye.ch,
Tel. 044 2 777 999 (Annuscha Wassmann)

Kontakt Suisse romande: regional@publiceye.ch,
Tel. 021 620 03 03 (Aline von Mühlänen)

Infos: publiceye.ch/regionalgruppen

Eine Auswahl vergangener Regru-Aktivitäten finden Sie auf publiceye.ch/events.



Freiwilligenarbeit in Zahlen

Freiwillige	Anzahl Personen	Anzahl Stunden
Freiwillige Mitarbeitende im Büro	8	74
Schulbesuchende (inkl. Koordination)	27	1706
Vorstand	11	483
Regionalgruppen	260	7723
Total	306	9986



Organisation

ORGANE UND STRUKTUR

Verantwortung und Entscheidungen

Public Eye ist ein Verein mit flachen Hierarchien, in dem Partizipation und Konsensentscheidungen einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die Geschäftsleitung wird von einem vierköpfigen Kollektiv wahrgenommen. Die politische Abteilung wird von Christa Luginbühl (Schwerpunkte Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit) und Angela Mattli (Schwerpunkte Rohstoffe – Handel – Finanzen) geleitet. Für die Abteilung Kommunikation und Marketing ist Christian Engeli verantwortlich, Alessandra Silauri für die Abteilungs-Mitgliederservice, Finanzen und Administration.

Ein starkes Team

Per Ende 2022 arbeiteten in den beiden Geschäftsstellen Zürich und Lausanne 35 festangestellte Personen (alle in Teilzeit). Zwei Stellen waren zu diesem Zeitpunkt unbesetzt. Hinzu kommen befristete Angestellte sowie zwei Freiwillige, welche die Schulbesuche koordinieren (*gesamte Teamzusammensetzung siehe Seiten 40 und 41*). Für die Mitarbeitenden von Public Eye gilt ein Gesamtarbeitsvertrag, der mit der Gewerkschaft VPOD erarbeitet wur-

de. Die Interessen der Mitarbeitenden werden durch eine Personalkommission gegenüber Geschäftsleitung und Vorstand vertreten.

Engagierter Vorstand

Die strategische Führung von Public Eye wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die neun Vorstandsmitglieder sind Sachverständige für verschiedene Gebiete mit Bezug zur Tätigkeit des Vereins, insbesondere in den Bereichen Finanzen und Personal. Gemäss Statuten sind die deutsche und die französisch-italienische Sprachregion sowie die Geschlechter mit je mindestens vier Mitgliedern im Vorstand vertreten (*siehe Seite 39*). 2022 hielt der Vorstand vier Sitzungen ab und engagierte sich während 483 Stunden ehrenamtlich. ■

Organigramm

(Stand Dezember 2022)



Public Eye hat Büros in Lausanne und Zürich, die gemeinsam auch die Mitglieder und Spender*innen im Tessin betreuen. Zehn Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam führen zahlreiche Aktivitäten ehrenamtlich durch. Zusätzlich engagieren sich Freiwillige in den beiden Büros. ■

Generalversammlung 2022

Stabübergabe bei Public Eye: An der Generalversammlung wählten die rund 200 anwesenden Mitglieder von Public Eye ein neues Co-Präsidium.

Zehn Jahre lang wirkte Pierrette Rohrbach als Präsidentin von Public Eye. In der «Ära Rohrbach» ist die Organisation deutlich gewachsen, hat den Namen von «Erklärung von Bern» zu «Public Eye» geändert und verschiedene Meilensteine erreicht. So konnten wir zum Beispiel 2020 nach jahrelanger Vorarbeit zusammen mit Partner-NGOs die Konzernverantwortungsinitiative zur Abstimmung bringen.

An der Generalversammlung vom 18. Juni 2022 hat Pierrette nun das Ruder übergeben: Alessia Jemetta und Fred Sommer bilden neu ein Co-Präsidium. Um diese gemeinsame Leitung zu ermöglichen, wurden an der Generalversammlung die Statuten angepasst. Nach zweimaligem coronabedingtem Unterbruch konnte das Jahrestreffen endlich wieder physisch in Bern stattfinden. ■



Vorstand

Co-Präsidium

- ▶ **Alessia Jemetta**, Ausbildung in Pflegewissenschaft, Pflegefachfrau für psychische Gesundheit in Bern. Im Vorstand seit 2018, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen. Co-Präsidentin seit 2022.
- ▶ **Fred Sommer**, Master in Public Administration, selbstständiger Konsulent für Finanzmanagement, Rechnungsprüfung, Beratung und Coaching. Im Vorstand seit 2015, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen. Co-Präsident seit 2022.

Vizepräsidium

- ▶ **Zineb Benkhelifa**, lic. phil. I (Islamwissenschaft), Assistentin der Geschäftsführung von SzeneSchweiz, dem Berufsverband der Darstellenden Künste, und Beauftragte der Stadtpräsidentin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung in der Stadt Zürich. Im Vorstand seit 2015.
- ▶ **Christophe Siegenthaler**, Volkswirtschaftler, Dienstchef im Bundesamt für Statistik. Im Vorstand seit 2012, Mitglied der Finanzkommission.

Weitere Vorstandsmitglieder

- ▶ **Claudia Frick**, lic. iur., Ausbildung in Menschenrecht, Juristin am Centre Social Protestant Vaud seit 2002. Im Vorstand seit 2016.
- ▶ **Aline Gavillet**, Sozialarbeiterin im Waadtländer Universitätsspital CHUV, Präventions- und Unterstützungsprogramm betreffend den Gebrauch von Psychopharmaka im Jugendalter. Im Vorstand seit 2020.
- ▶ **Beata Hochstrasser**, lic. phil. I., Management Nonprofitbereich. Im Vorstand seit 2016, Mitglied der Finanzkommission.
- ▶ **Thomas König**, Prof. Dr. sc. nat., Dozent und Arbeitsgruppenleiter an der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bern. Im Vorstand seit 2018.
- ▶ **Yann Lenggenhager**, ehemaliger IKRK-Delegierter Mittlerer Osten und Nordafrika, Geschichtslehrer in Zürich, Menschenrechtsaktivist. Im Vorstand seit 2020.

Austritte 2022

- ▶ **Pierrette Rohrbach**
- ▶ **Res Peter**

Wir bedanken uns herzlich für die Arbeit und das Engagement!

Team

Stand 31.12.22

FACHABTEILUNGEN (1240 Stellenprozente)

- ▶ **Manuel Abebe**, Recherchen und Kampagnen (ZH)*
- ▶ **Robert Bachmann**, Rohstoffe und Finanzen (ZH)
- ▶ **Thomas Braunschweig**, Handelspolitik (ZH)
- ▶ **Adrià Budry Carbó**, Recherchen Rohstoffe und Korruption (LS)
- ▶ **Anina Dalbert**, Juristin Wirtschaft und Menschenrechte (ZH)
- ▶ **Agathe Duparc**, Recherchen Rohstoffe und Korruption (LS)
- ▶ **Patrick Durisch**, Gesundheitspolitik (LS)
- ▶ **Laurent Gaberell**, Landwirtschaft und Ernährung (LS)
- ▶ **David Hachfeld**, Clean Clothes Campaign (ZH)
- ▶ **Gabriela Hertig**, Gesundheitspolitik (ZH)
- ▶ **Carla Hoinkes**, Landwirtschaft und Ernährung (ZH)
- ▶ **Silvie Lang**, Soft Commodities (ZH)
- ▶ **Christa Luginbühl**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- ▶ **Angela Mattli**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- ▶ **David Mühlemann**, Rohstoffe und Finanzen (ZH)
- ▶ **Elisabeth Schenk**, Clean Clothes Campaign (ZH)

KOMMUNIKATION & MARKETING (1130 Stellenprozente)

- ▶ **Ariane Bahri**, Magazin und Publikationen (LS)
- ▶ **Roman Bolliger**, Marketing und Fundraising (ZH)
- ▶ **Oliver Classen**, Mediensprecher (ZH)
- ▶ **Christian Engeli**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (ZH)
- ▶ **Maxime Ferréol**, Übersetzung und Redaktion (LS)
- ▶ **Floriane Fischer**, Online-Kommunikation (LS)
- ▶ **Daphne Grossrieder**, Online-Kommunikation (ZH)*
- ▶ **Andrea Hüsler**, Administration Freiwillige (ZH)*
- ▶ **Cynthia Illi**, Online-Kommunikation (LS)*
- ▶ **Rebekka Köppel**, Online-Kommunikation (ZH)
- ▶ **Aline von Mühlönen**, Koordination Freiwilligenarbeit und Fundraising (LS)
- ▶ **Romeo Regenass**, Magazin und Publikationen (ZH)
- ▶ **Chantal Sierro**, Projektfinanzierung und Nachlässe (ZH)
- ▶ **Géraldine Viret**, Mediensprecherin (LS)

KOORDINATION SCHULBESUCHE (Freiwillige)

- ▶ **Florian Duss** und **Eva Sutter** (ZH)

MITGLIEDERSERVICE, FINANZEN & ADMINISTRATION (590 Stellenprozente)

- › **Cornelia Celio**, Buchhaltung und Personaladministration (ZH)
- › **Baptiste Corthay**, Buchhaltung, Personaladministration und Informatik (LS)
- › **Lupe Esteves**, Buchhaltung und Datenpflege (ZH)
- › **Sibylle Müller**, Mitgliederservice und Administration (LS)
- › **Silvia Ramseier**, Mitgliederservice und Administration (ZH)
- › **Sasha Roderer**, Mitgliederservice und Administration (ZH)
- › **Danielle Schoenenberger**, Mitgliederservice und Administration (LS)
- › **Alessandra Silauri**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (LS)

AUSTRITTE 2022

- › **Ursula Haller**, Administration Freiwillige (ZH)
- › **Timo Kollbrunner**, Recherchen und Reportagen (ZH)
- › **Ursina Mayor**, Koordination Freiwilligenarbeit (ZH)

Public Eye dankt allen Mitarbeitenden, die die Organisation im Jahr 2022 verlassen haben, herzlich für ihren wertvollen Beitrag und ihr Engagement.

*Befristete Stellen

Fotokonzept

Eine Reise durch die Zeit

In diesem Jahr begeben wir uns auf eine Zeitreise. Ob die Antike, die Französische oder die industrielle Revolution, die 60s, die Gegenwart oder sogar die Zukunft, wir werfen einen augenzwinkernden und etwas anderen Blick auf verschiedene Epochen.

Wenn nicht anders angegeben, wurden die Bilder des Jahresberichts von der Fotografin Marion Nitsch in Zusammenarbeit mit der Grafikdesignerin Karin Hutter aufgenommen.

Leider konnten die Teammitglieder Alessandra Silauri und Elisabeth Schenk nicht fotografiert werden.

Danke von ganzem Herzen

Seit über 50 Jahren setzen sich Menschen mit Public Eye für globale Gerechtigkeit ein: Diese Beharrlichkeit und dieses Engagement haben Public Eye zu einer starken Stimme in der Schweizer Zivilgesellschaft gemacht. Herzlichen Dank dafür!

Über 28 000 Mitglieder geben uns das notwendige Gewicht in der politischen Auseinandersetzung. Zusammen mit den vielen Spender*innen ermöglichen sie unsere Recherchen und Kampagnen.

Unsere Dankbarkeit geht auch an die Menschen, die uns ausserordentlich grosszügige Spenden anvertraut oder uns in ihrem Testament berücksichtigt haben und so die Umsetzung zusätzlicher Projekte ermöglichen.

Zudem haben folgende Stiftungen, Kirchengemeinden und andere Organisationen uns im Jahr 2022 Beiträge ab 10 000 Franken zukommen lassen: Däster-Schild Stiftung, Fédération genevoise de coopération (FGC), Fondation Salvia, Infomaniak, Katholische Kirche der Stadt Luzern, OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchengemeinde Bern, Provinzialat Schweizer Kapuziner, RTP GmbH, Stiftung Edith Maryon und weitere, die nicht namentlich genannt werden möchten.

Auch ihnen danken wir herzlich für das Vertrauen in unsere Arbeit.

Gespendete Zeit

Bei Public Eye engagieren sich ausserdem zahlreiche Freiwillige: Motivierte Mitglieder von zehn Regionalgruppen und einem Schulbesuchsteam tragen unsere Anliegen auf die Strasse und in die Schulzimmer. Die neun Vorstandsmitglieder von Public Eye sind ebenfalls ehrenamtlich tätig. Für dieses grosse Engagement und die gespendete Zeit sind wir sehr dankbar.

Auch im Jahr 2023 werden wir uns beharrlich für unsere Mission einsetzen: Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns. Wir hoffen, dass wir dabei erneut auf grosse Unterstützung zählen dürfen. ■

Jahresrechnung 2022

RECHNUNGSLEGUNG 2022 NACH OR UND SWISS GAAP FER

Kommentar zur Jahresrechnung

Dank Ihrer Solidarität konnte Public Eye im Jahr 2022 einen Gesamtertrag von knapp über 6,3 Millionen Franken verzeichnen. Der Betrag übersteigt denjenigen des Vorjahres – trotz der Unsicherheiten, die das letzte Jahr mitgebracht hat. Nach zwei Jahren mit sehr positiven Resultaten schliessen wir das Jahr 2022 mit einem negativen Jahresergebnis von 176 295 Franken ab, blicken aber dank der Unterstützung unserer 28 000 Mitglieder zuversichtlich in das aktuelle Jahr.

Der Ertrag durch Mitgliederbeiträge ist um 2,3 % gestiegen und betrug insgesamt rund 2,02 Millionen Franken. Der Spenderertrag fiel um 4,3 % höher aus als im Jahr 2021 und belief sich auf rund 3,2 Millionen Franken. 2022 erhielten wir Legate in der Höhe von 260 865 Franken. Die Projekterträge machten 790 769 Franken aus. Dies ist zwar mehr als im Vorjahr, damit konnten jedoch nicht die gesamten Projektkosten gedeckt werden. Der Personalaufwand sowie der Betriebsaufwand stiegen im Vergleich zum Jahr 2021 an.

Ein solides Gesamtergebnis

Trotz negativem Jahresergebnis von 176 295 Franken ist die Finanzsituation von Public Eye erfreulich. Auch im

letzten Jahr konnten wir viele Recherchen zu unseren Themen durchführen und wie gewohnt zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beitragen.

Das Fondskapital – hauptsächlich aus projektgebundenen Geldern von Stiftungen und Institutionen bestehend – wurde vollständig ausgeschöpft und wies Ende 2022 einen Saldo von 0 Franken auf. Wir haben das gebundene Kapital für den Sozialplan um 100 000 Franken erhöht und aus unserem Kapital für Projekte 50 000 Franken aufgelöst. Damit beläuft sich das Organisationskapital nach Abschluss des Geschäftsjahres auf über 4,5 Millionen Franken. ■

Bilanz

Aktiven	31.12.2022		31.12.2021		Veränderung	
	CHF	%	CHF	%	%	
Umlaufvermögen						
Flüssige Mittel ¹	1 952 234	38	4 419 357	84	-56	
Forderungen ²	560 078	11	604 633	12	-7	
Vorräte	2 878	0	1 704	0	69	
Aktive Rechnungsabgrenzung ³	303 194	6	112 292	2	170	
Total Umlaufvermögen	2 818 384	55	5 137 986	98	-45	
Anlagevermögen						
Finanzanlagen ⁴	2 008 917	39	17 601	0	11313	
Mietkaution	42 380	1	42 377	1	0	
Sachanlagen ⁵	244 372	5	37 910	1	545	
Total Anlagevermögen	2 295 669	45	97 889	2	2245	
Total Aktiven	5 114 053	100	5 235 875	100	-2	
Passiven						
	CHF	%	CHF	%	Veränderung	
Kurzfristiges Fremdkapital						
Verbindlichkeiten ⁶	265 874	5	216 733	4	23	
Passive Rechnungsabgrenzung	60 050	1	33 828	1	78	
Passive Rechnungsabgrenzung Ferien/Überzeit	272 380	6	293 268	5	-7	
Total kurzfristiges Fremdkapital	598 304	12	543 830	10	10	
Total Fondskapital	0	0	0	0	0	
Total Fremdkapital und Fondskapital	598 304	12	543 830	10	10	
Organisationskapital						
Gebundenes Kapital für den Sozialplan	700 000	14	600 000	11	17	
Gebundenes Kapital für Personal	980 000	19	1 080 000	21	-9	
Gebundenes Kapital für Projekte	934 864	18	984 864	19	-5	
Gebundenes Kapital für Legateausgleich	500 000	10	500 000	10	0	
Freies Kapital	1 400 886	27	1 527 181	29	-8	
Total Organisationskapital	4 515 750	88	4 692 045	90	-4	
Total Passiven	5 114 053	100	5 235 875	100	-2	

Betriebsrechnung

Ertrag	2022		2021		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
Spenden	3 195 605	51	3 064 022	53	4
Legate	260 865	4	253 699	4	3
Mitgliederbeiträge	2 020 500	32	1 974 300	34	2
Projektertrag	790 769	12	527 091	9	50
Übriger Ertrag	23 239	1	13 837	0	68
Total Ertrag	6 290 978	100	5 832 949	100	8
Aufwand	2022		2021		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
Projektaufwand					
Personalaufwand ⁷	-3 135 701	50	-2 797 678	48	12
Sachaufwand ⁸	-1 442 580	23	-979 036	17	47
Total Projektaufwand	-4 578 281	73	-3 776 713	65	21
Fundraising- und allg. Werbeaufwand					
Personalaufwand ⁷	-291 299	5	-245 453	4	19
Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung	-661 499	10	-622 991	11	6
Total Fundraising- und allg. Werbeaufwand	-952 798	15	-868 444	15	10
Administrativer Aufwand					
Personalaufwand ⁷	-569 772	9	-585 226	10	-3
Betriebsaufwand ⁹	-246 891	4	-140 271	2	76
Total administrativer Aufwand	-816 663	13	-725 497	12	13
Total Aufwand	-6 347 742	101	-5 370 654	92	18
Ergebnis aus Betriebstätigkeit	-56 763	-1	462 295	8	-112

	2022		2021		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	
Finanzerfolg¹⁰	-119 532	-2	-12 251	0	876
Total ausserordentliches, einmaliges oder periodenfremdes Ergebnis	0	0	0	0	0
Ergebnis vor Veränderung des Fondskapitals	-176 295	-3	450 044	8	-139
Veränderung zweckgebundene Fonds	0	0	12 398	0	-100
Jahresergebnis (vor Verwendung/Zuweisung Organisationskapital)	-176 295	-3	462 442	8	-138
Veränderung Organisationskapital					
Veränderung gebundenes Kapital	50 000	1	-350 000	-6	-114
Veränderung freies Kapital	126 295	2	-112 442	-2	-212
	0		0		0

Anmerkungen zu Bilanz und Betriebsrechnung

- Die flüssigen Mittel haben im Jahr 2022 aufgrund der Erhöhung der Finanzanlagen (siehe Punkt 4) abgenommen.
- Die Forderungen enthalten eine Vorauszahlung der Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse von 553 370 Franken.
- In der aktiven Rechnungsabgrenzung sind noch nicht erhaltene Erträge von rund 130 000 Franken enthalten, die das Jahr 2022 betreffen.
- Public Eye hält Aktien als Instrument zur Einflussnahme an der Generalversammlung der von uns kritisierten Firmen oder als Unter-

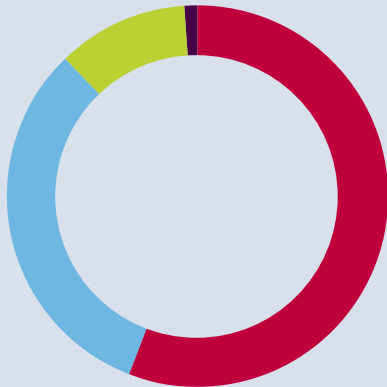
stützung von Firmen, die durch uns mitgegründet wurden. Im Zuge einer Vermögensverwaltung durch die Alternative Bank Schweiz hat Public Eye die Finanzanlagen um 2,1 Mio. Franken erhöht. Damit wird sichergestellt, dass unser Vereinskonto zum grösstmöglichen Teil in Übereinstimmung mit unseren Werten und nach bestmöglichen Nachhaltigkeitskriterien angelegt wird.

- Die Büros in Zürich wurden optimiert und renoviert.
- Dies sind betriebsübliche, noch nicht bezahlte Kreditoren.
- Höhere Lohnkosten entstanden infolge temporärer Stellenaufstockungen, zusätzlicher

Projekt- und Assistenzstellen sowie Teuerungs- ausgleichen und Dienstalterszulagen.

- Der Anstieg der Projektkosten resultiert aus zusätzlichen Recherchen, mit denen wir auf aktuelle Ereignisse reagierten.
- Die Differenz zum Vorjahr entstand durch die Kosten der Generalversammlung, die nach zwei Jahren wieder vor Ort durchgeführt werden konnte, sowie durch eine Rückstellungsauflösung, die unsere Kosten im Jahr 2021 reduzierte.
- Der Finanzaufwand ergibt sich hauptsächlich durch den nicht realisierten Verlust auf den Finanzanlagen (Anpassung Buchwert auf den aktuellen Marktwert per 31.12.).

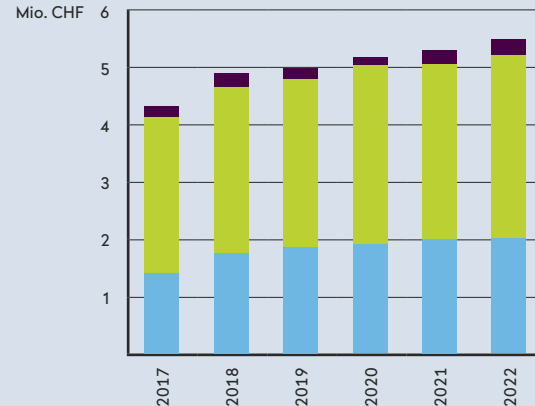
Ertrag



- 55 % Spenden und Legate
- 32 % Mitgliederbeiträge
- 12 % Projektertrag
- 1 % Übriger Ertrag

Public Eye finanzierte sich im Jahr 2022 zu 87% aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten. Der grösste Teil der Projektfinanzierungen stammte von Stiftungen, Kirchgemeinden und öffentlichen Institutionen. Der übrige Ertrag stammte von Erlösen aus Honoraren und Projektdienstleistungen.

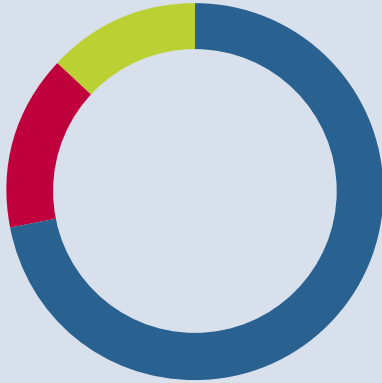
Spenden und Mitgliederbeiträge



- Legate
- Spenden
- Mitgliederbeiträge

Public Eye weist ein erfreuliches und kontinuierliches Wachstum der Einnahmen aus. Die Spendeneinnahmen stiegen um 4,3%, wobei es im Jahr 2021 einen Spendenrückgang gab. Über die letzten zwei Jahre gesehen verzeichneten wir einen moderaten Anstieg von durchschnittlich 1,8% pro Jahr. Die Zunahme der Mitgliederbeiträge betrug 2,3%. Die Legatseinnahmen übertrafen das Vorjahr knapp und entsprechen unseren Erwartungen.

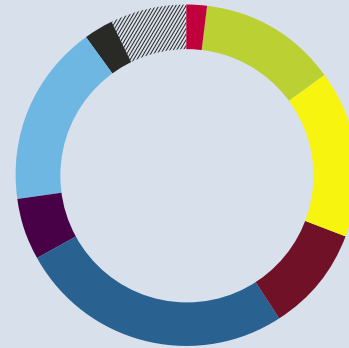
Aufwand



- 72 % Projektaufwand
- 15 % Fundraising- und allgemeiner Werbeaufwand
- 13 % Administrativer Aufwand

72 % (Vorjahr 70 %) des Aufwands (inklusive Personal) flossen in die Projektarbeit. Der administrative Aufwand betrug 13 % (Vorjahr 14 %) und die Ausgaben für die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung 15 % (Vorjahr 16 %). Der Anstieg bei den Projektkosten widerspiegelt unsere schnelle Reaktion auf aktuelle Ereignisse.

Projektaufwand



- 2 % Handelspolitik
- 13 % Landwirtschaft (Pestizide)
- 16 % Gesundheit
- 10 % Finanzen und Steuern
- 26 % Rohstoffe
- 6 % Agrarrohstoffe
- 17 % Clean Clothes Campaign
- 3 % Konzernverantwortung
- 7 % Programmübergreifende Projektarbeit

Vom Projektaufwand von 4 578 281 Franken (inklusive Personalaufwand) entfielen 26 % auf die Recherchen zu Kohle sowie zum Krieg in der Ukraine, 17 % auf den Bereich Clean Clothes Campaign mit den Recherchen und der Kampagne zu E-Commerce und 16 % auf die Kampagne zu den Profitmargen in der Pharma. Die Höhe der Projektaufwendungen hängt von den gewählten Kampagnen ab und widerspiegelt nicht die Themengewichtung.

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision
an die Generalversammlung des

Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, Bern

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung, Geldflussrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals und Anhang) des Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern für das am 31. Dezember 2022 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. In Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER 21 unterliegen die Angaben im Leistungsbericht keiner Prüfungspflicht der Revisionsstelle.

Für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER, den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt und nicht dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht.

Zürich, 2. Februar 2023

BDO AG

Marco Beffa

ppa. Christine Gundi

Zugelassener Revisionsexperte

Leitende Revisorin
Zugelassene Revisionsexpertin

Revisionsbericht zur kompletten Jahresrechnung

Bei der auf den Seiten 45 bis 47 dargestellten Bilanz und Betriebsrechnung handelt es sich um einen Auszug beziehungsweise um eine gekürzte Fassung der Jahresrechnung 2022. Die komplette Rechnung 2022 wurde von der BDO AG geprüft.

Die komplette Jahresrechnung nach OR und SWISS GAAP FER kann unter publiceye.ch/jahresrechnung heruntergeladen oder bestellt werden.

Kontakt: 044 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch

Public Eye – Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern

Public Eye wurde 1968 als «Erklärung von Bern» gegründet und basiert auf dem gleichnamigen «Manifest über die Schweiz und die Entwicklungsländer». Der Vision seiner Gründerinnen und Gründer – die Bekämpfung der Ursachen der Armut – ist Public Eye bis heute treu geblieben.

Wenn Unternehmen im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, schaut Public Eye genau hin. Mit unseren exklusiven und umfassenden Recherchen decken wir Missstände auf, die ihren Ursprung in der Schweiz haben. Wir recherchieren hartnäckig, enthüllen Korruption sowie illegale und illegitime Wirtschaftspraktiken, die Menschen in anderen Ländern schaden. Dabei halten wir uns an journalistische Prinzipien und Qualitätsstandards bei Faktenprüfung und Quellenschutz.

Die fundierten Recherchen und Analysen von Public Eye legen nicht nur Missstände offen, sie haben immer auch zum Ziel, diese zu beseitigen. Deshalb richten wir uns mit Kampagnen an Unternehmen und die Politik, und das national und international. Public Eye sucht dabei das

Gespräch, konfrontiert und setzt sich hartnäckig für Verbesserungen ein. Wir haben ein tiefes Wissen in unseren Dossiers und verfolgen unsere Ziele langfristig und ausdauernd.

Für Recherchen und Kampagnen arbeitet Public Eye mit Nichtregierungsorganisationen und Betroffenen zusammen. Wir engagieren uns in internationalen Netzwerken, um unsere Ziele gemeinsam zu erreichen. ■

► Mehr Informationen: publiceye.ch



Seit über 50 Jahren setzt sich Public Eye dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Mit Recherchen, Kampagnen und der Unterstützung unserer 28 000 Mitglieder engagieren wir uns in der Schweiz für faire Wirtschaftsbeziehungen. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Public Eye

Dienersstrasse 12 | Postfach | 8021 Zürich
+41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

publiceye.ch

 facebook.com/publiceye.ch

 @publiceye_ch

 @publiceye_ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye